



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Novalis: Die Mexikofrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

bisher. Erst wenn auf allen Gebieten der Industrie die Roherzeugnisse nicht nur zu industriellen Fabrikaten schlechthin, sondern zu ästhetischen und kunstgewerblichen Wertgegenständen umgestaltet und verarbeitet werden, erst wenn der Fabrikant sich nicht mehr der Nouveautésucht und dem raschen Modewechsel fügen muß, sondern es ohne Gefahr für seinen Geschäftsbetrieb wagen kann, den billigen Massenartikeln nach Dualität und Form hochwertige Erzeugnisse entgegenzusetzen, erst dann wird die Kunst wieder zu einem die ganze gewerbliche Produktion durchdringenden Prinzip werden.



Die Mexikofrage

Von Navalís



ine mexikanische Frage besteht seit dem Sturze des langjährigen Präsidenten und Diktators Porfirio Diaz. Ihm als erstem war es gelungen, die Vereinigten Staaten von Mexiko mit starker Hand zusammenzufassen. Aufstände, Unruhen, Räubereien wurden unterdrückt, und zwar mit grausamer rücksichtsloser Strenge. Porfirio Diaz und seine Gehilfen sind nie wählerisch in ihren Mitteln gewesen, und wenn es etwas zu bestrafen galt, so kam es nicht immer darauf an, ob der Schuldige mit unter den Bestraften war. Man „statuierte Exempel“, um nach innen und nach außen zu zeigen, daß die Hand des Herrn überall gegenwärtig war und von ihrer Stärke nichts verloren habe. War irgendwo ein Mord begangen worden, so erging von der Hauptstadt aus der Befehl, in Ermangelung des Mörders eine gewisse Zahl von Menschen in der Gegend des Mordes zu exekutieren. Dieses summarische Verfahren war vielleicht oft notwendig, aber es konnte nicht fehlen, daß es, ebenso wie viele entsprechende Akte der Regierungswillkür, steigende Erbitterung erregte, deren Betätigung nur durch die Furcht gehindert wurde. Die Erbitterung stieg um so mehr, als im Laufe der Diazschen Regierungszeit das gewaltige Gebiet von Mexiko aufhörte, eine terra clausa zu sein: Verkehrsmittel und Eisenbahnen wurden geschaffen und Fremde kamen in das Land, gewinnbringendem Erwerb nachzugehen. Diese Fremden, besonders Amerikaner, brachten ihre eigenen Auffassungen staatlichen Lebens, bürgerlicher Freiheiten und Gerechtigkeiten mit, die mit den von Diaz in seinen patriarchalischen Akten bezeugten nichts weniger denn zusammengingen. Gewiß ist noch eine Reihe anderer Momente hinzugekommen, aber es steht wohl außer Zweifel, daß zu einem sehr bedeutenden Teile die kritische und eben dadurch verheerende Tätigkeit der zugezogenen Fremden die Erbitterung gegen Diaz im eigenen Lande dauernd und wirksam geschürt hat. Bereits als

Porfirio Diaz' Ansehen, nach innen wie außen, noch gesichert schien, urteilten erfahrene Deutsche im Lande, es könne so nicht weitergehen, über kurz oder lang müsse die Verrottung der Zustände zu gewaltsamen Entladungen führen. Dieses Urteil hat sich bald darauf als im wesentlichen richtig herausgestellt. Unrichtig dürfte nur sein, für die Verrottung der Zustände dem Regierungssystem Diaz' und den Mitteln, die es anwandte, allein die Schuld zuzuschreiben. Auch auf englischer, zumal aber auf amerikanischer Seite ist dies fälschlicherweise geschehen. Es ist sicher ungerecht. Man wird nicht behaupten können, daß Diaz ohne die Mittel, die er anwandte, überhaupt etwas hätte erreichen können. Seine damaligen Mexikaner waren keine Unschuldengel, die durch seine Herrschaft verdorben worden wären. Auf der anderen Seite haben englische Kenner Mexikos recht, die die Möglichkeit einer erneuten Einführung des Diazschen Regierungssystems durch einen neuen starken Mann bestreiten. Die Verkehrserschließung Mexikos hat dafür zuviel verändert. Es ist ein wichtiges Moment, das heute wie in Zukunft weit mehr bleibt als eine geschichtliche Tatsache, daß die Unzufriedenheit des Fremden, insbesondere des nordamerikanischen Elementes, mit den Diazschen Regierungsformen viel zu Diaz' Sturze beigetragen hat. Wäre für die Zukunft denkbar, daß etwa Huerta oder eine andere Persönlichkeit von Stärke und Entschlossenheit die Vereinigten Staaten von Mexiko regierte, so würde sie doch bei aller Notwendigkeit gelegentlichen rücksichtslosen Durchgreifens modernere Methoden anwenden müssen als der alte Diaz sie anwandte. Nach außen freilich hatte auch er es schon versucht. Während der letzten Zeit seiner Regierung war es sein Bestreben gewesen, bei England und bei Japan Schutz gegen die immer drohender werdende Übermacht der Vereinigten Staaten von Amerika zu finden. Aber es war zu spät; nur das Gegenteil des von ihm angestrebten Ergebnisses erreichte Diaz: seine Beziehungen zu Japan erregten die Mißbilligung und Besorgnis der Vereinigten Staaten in so hohem Maße, daß sie unverzüglich auf dem üblichen Wege, mittels Geld und Revolution, auf seinen Sturz hinarbeiten begannen. An Diaz' Stelle trat Madero, der, semitischer Abstammung, von Anfang an in Spekulationsgeschäften tätig, aller zum Herrschen nötigen Eigenschaften ermangelte. In Washington glaubte man von ihm, der nach jeder Richtung hin in den Händen der Vereinigten Staaten war, er sei der den amerikanischen Interessen entsprechende Präsident von Mexiko. Man irrte sich, denn Madero war doch „einige Nummern zu schwach“. Nicht nur konnte er sich keine Autorität verschaffen, er mehrte alle schon vorhandene Korruption indirekt durch neue: seine zahlreichen Verwandten, die das Land ausfogen, wurden an Zuständen schuld, die man selbst in Mexiko als unerträglich empfand. Es folgte Maderos Ermordung und nach dem kurzen Regierungsintermezzo des Generals Diaz, Porfirios Neffen, der Aufstieg General Huertas zur Macht (vgl. Jahrgang 1913, Heft 52), der nun entschlossen zu sein scheint, Mexiko durch einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zusammenzuschweißen und zu retten.

Alle entscheidenden Ursachen für das nun schon so lange währende mexikanische Elend liegen bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Es würde nur zum Teil richtig sein, zu sagen, sie lägen in Washington. Sind es doch, abgesehen von der Regierung der Vereinigten Staaten, große amerikanische Finanzgruppen, die ein starkes Mexiko mit einer selbständigen inneren und auswärtigen Politik als unerträglich erachten. Die Standard Oil Company steht hier an erster Stelle; davon später. Wie bei fast allen großen politischen Fragen muß man auch in der mexikanischen mit der Geographie anfangen, will man die voraussichtliche Linie ihrer Lösung finden.

Mexiko ist das Nachbarland der Vereinigten Staaten, das Übergangsgebiet von der nordamerikanischen Landmasse zur mittelamerikanischen Enge. Ebenso wie die Vereinigten Staaten von Amerika reichen auch die Vereinigten Staaten von Mexiko über die ganze Breite des Kontinents vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean. Die amerikanisch-mexikanische Landgrenze ist lang, die Berührungsfläche eine ununterbrochene: die beiden Länder sind von der Natur aufeinander angewiesen. Da die Vereinigten Staaten von Amerika bei ihrem ungeheuren Überflusse an unausgefülltem Raum territoriale Expansion weniger nötig hatten, noch haben als irgend ein anderes Volk der Erde, so wäre normal gewesen, daß ein friedliches und reibungsloses Verhältnis zwischen ihnen und Mexiko herrschte, sobald Mexiko nach außen und innen ruhig war. Unter Porfirio Diaz war dieser Zustand in einem seither nicht vorhandenen Grade eingetreten, und doch nahmen gerade damals die tiefgehenden Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und ihrem Nachbarlande den Anfang: Porfirio mußte beseitigt werden. Aus dieser Tatsache allein schon geht das Unrechtmäßige und Aggressive der gesamten Mexikopolitik der Vereinigten Staaten hervor. Hätte man ihre Vertreter aber damals gefragt, ob sie den Besitz von Mexiko wünschten, so würden sie ohne Zweifel und mit aller Aufrichtigkeit derartige Wünsche in Abrede gestellt haben. Und doch wäre diese Aufrichtigkeit nur eine scheinbare und oberflächliche gewesen. Man wollte ebenso wie heute über Mexiko politisch und wirtschaftlich gebieten, ohne es im landläufigen Sinne des Wortes verantwortlich zu besitzen. Mexiko sollte politisch willenlos, aber nur den Vereinigten Staaten fügsam, es sollte wirtschaftlich lediglich Objekt sein, aber wiederum nur für die Vereinigten Staaten. Ob man das als Monroedoktrin, als eine ihrer später zu erörternden Ausgestaltungen bezeichnen und in ein historisch sich entwickelndes politisch-wirtschaftliches System der Vereinigten Staaten eingliedern will, ist ohne Belang, zudem trübt eine solche Systematisierung leicht den Blick. Im Grunde liegt in dem amerikanischen Verfahren und Wollen wahrlich nichts „Doktrin“haftes, nichts Doktrinäres enthalten, vielmehr eine sehr einfache Form des politischen und wirtschaftlichen Egoismus. Diese Form ist so einfach und primitiv, daß die Vereinigten Staaten das begreifliche Bedürfnis gehabt haben, sie zu umkleiden mit „prinzipiellen“ Motiven und mit allerhand Brimborium unegoistischer Aussehens.

Überlegt man von diesem Standpunkte aus, so ergibt sich logisch, daß für die Vereinigten Staaten ein im Inneren ruhiges Mexiko mit geordneten Zuständen unerträglich sein muß, sobald es sich erlaubt, Versuche einer selbständigen auswärtigen Politik anzustellen. Muß doch eine auswärtige Politik Mexikos mit natürlicher Notwendigkeit darauf hinauslaufen, bei einer dritten Macht zum mindesten Rückhalt, unter Umständen Unterstützung gegen den großen, immer erdrückender erscheinenden Nachbar im Norden zu finden. So wurde denn Porfirio Diaz, als er versuchte, mit Japan in nähere Verbindung zu treten, von den Vereinigten Staaten gestürzt. Freilich wirkte dabei noch ein anderes mit: der später des näheren zu erörternde amerikanisch-englische Kampf um die Ölquellen Mexikos. Nach außen hin zeigte sich dieser Kampf nur als eine mit allen Mitteln betätigte Konkurrenz zwischen der Standard Oil Company und der englischen Firma Pearson. Diaz protegierte die englische, Madero die amerikanische Firma. Wiederum ist es nur folgerichtig, daß Huerta von Anfang an Konzessionen an die englische Firma wohlwollend gegenübergestanden hat im Gegensatz zu solchen an die amerikanische.

Dazu kommt nun noch ein sehr wichtiger Punkt: der Panamakanal. Seitdem die Vereinigten Staaten seinen Bau beschlossen hatten, hat jedem ihrer politischen Leiter als selbstverständlich festgestanden, daß dieser Kanal politisch und militärisch uneingeschränkt unter ihrer Autorität stehen müsse. Man war zunächst durch alte Verträge gebunden, die insbesondere durch das englische Interesse an einer Wasserstraße zwischen dem Stillen und dem Atlantischen Ozean zu einem anscheinend unüberwindlichen Hindernis wurden. Die Vereinigten Staaten warteten aber ihre Zeit ab und, als Großbritannien durch den Burenkrieg in langdauernde Verlegenheit geraten war, erreichte der Staatssekretär Hay zur Zeit der Präsidentschaft Mac Kinleys, daß durch den Hay-Pauncefote-Vertrag die Vereinigten Staaten tatsächlich Herren des künftigen Kanals wurden. Wenige Jahre nachher wurde auch das Ziel erreicht, aus dem Kanalgebiet amerikanisches Gebiet zu machen. Man versuchte zunächst die Einwilligung Kolumbiens zu einem entsprechenden Landkauf zu erlangen. Kolumbien aber zeigte sich, heimlich von England gestützt, gänzlich abgeneigt. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, war jedoch um Auskunft nicht verlegen: im Panamagebiet Kolumbiens entstand plötzlich eine „Revolution“, Panama erklärte sich als selbständig, wurde von den Vereinigten Staaten unmittelbar anerkannt und beeilte sich, den Vereinigten Staaten nunmehr das gewünschte Landgebiet für den Bau des Panamakanals einschließlich vorgelagerter Inseln mit allen Rechten und Befugnissen, wie sie nur dem Eigentümer und der Landeshoheit zustehen, zu verkaufen. Im Hay-Bunau-Varilla-Vertrage ist diese Übertragung ausgesprochen worden. Damit ist die Forderung eines früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hay, der künftige Panamakanal müsse einen Teil der Gewässer und der Küsten der Vereinigten Staaten bilden, erfüllt. Die sich aus dieser Auffassung ergebenden Konsequenzen: Befestigung des

Kanals und seiner Mündungen und militärische Kontrolle überhaupt durch die Vereinigten Staaten, ihre unbedingte politische Autorität allen Dingen und Verhältnissen gegenüber, die mit dem Kanal zusammenhängen, sind inzwischen unter der Präsidentschaft Mr. Tafts gezogen worden. Daß die jeweiligen Leiter der Vereinigten Staaten sich feierlich auf die Neutralität des Kanals verpflichten, ändert daran naturgemäß nichts. Man wird in Washington jeweilig dasjenige Verfahren hinsichtlich des Kanals als Neutralität bezeichnen, das gerade den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten während einer Krisis entspricht, welche überhaupt die Frage der Neutralität direkt oder indirekt aufwirft. Als die Befestigungsfrage des Kanals in Washington erörtert wurde, ließen sich in der englischen und japanischen Presse „warnende“ Stimmen hören: die Vereinigten Staaten möchten in letzter Stunde noch ein Einssehen haben und den Kanal internationalisieren. Das würde auch in Wahrheit den Verträgen entsprechen, außerdem die Vereinigten Staaten von einer schweren Last der Verantwortung befreien. Die Gründe dieser sogenannten Warnungen liegen zu klar auf der Hand, als daß nötig wäre, auf sie einzugehen. Für die Vereinigten Staaten war und ist es selbstverständlich, daß sie den Kanal in jeder Hinsicht als ihr ausschließliches Eigentum behandeln. Alle Verträge, Rechte, Doktrinen usw. sind wieder nur dürftige Umkleidungen dieses Zieles, das wir selbstverständlich nennen, weil es geographisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch ein Naturrecht und damit eine Naturpflicht bedeutet. Deutschland hat sich denn auch in der Erkenntnis dieser Lage und vor allem der entscheidenden Tatsache, daß die Macht hier auf Seiten der Vereinigten Staaten liegt, ohne weiteres mit der amerikanischen Stellung abgefunden. Sie braucht uns auch nicht schädlich zu sein.

Ist nun der Panamakanal mit seinem Gelände Territorialgewässer und Boden der Vereinigten Staaten geworden, so sind doch diese Gewässer und ist dieser Boden, gleich einer Insel und doch wieder nicht wie eine solche, örtlich vom Gebiet der Vereinigten Staaten völlig getrennt. Zwischen Insel und Festland liegt die schiffbare, an sich neutrale, gleichwohl beherrschbare Wasserfläche, zwischen dem Kanalgebiete und den Vereinigten Staaten liegt Mexiko. Vielleicht ist die große Bedeutung dieses Verhältnisses der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten noch nicht annähernd in ihrem vollen Umfange zum Bewußtsein gelangt, zumal die landesübliche Überschätzung der eigenen Kräfte und die Unterschätzung alles dessen, was nicht amerikanisch ist, den Blick gerade für künftige Gefahren in den Vereinigten Staaten zu trüben pflegt.

Beziehen wir einige der schon gemachten Überlegungen nunmehr auch auf den Panamakanal, so erklärt sich, weshalb die Vereinigten Staaten ein starkes und selbständiges Mexiko mit einer Tendenz nach England oder gar nach Japan hin nie dulden werden. Der Panamakanal hat, wie alle Dinge auf dieser Welt, seine zwei Seiten, eine rein vorteilhafte und eine gefährliche, deren Entwicklung durch Nichtbeachtung seitens

der Vereinigten Staaten schwersten Schaden zur Folge haben kann. Der Panamakanal muß, wenn er nicht genügend geschützt ist, zu einer schwachen und damit gefährdeten Stelle für die Vereinigten Staaten, zum Angriffspunkt für ihre Gegner werden. Er ist um so gefährdeter, je mehr er sich im Machtbereiche der Gegner der Vereinigten Staaten befindet und sich ihrem eigenen entzieht. Bei der ungeheuren Länge, besonders der pazifischen Küstenausdehnung der Vereinigten Staaten und der dann noch bis zum Kanal reichenden mexikanischen Küste, ist die wirksame Überwachung und Verteidigung der westlichen Kanalöffnung schon an und für sich ein schweres Problem. Liegt aber zwischen den Vereinigten Staaten und dem Kanal noch ein feindselig gesinntes oder unsicheres Mexiko, so ergibt das eine Lebensgefahr für den Kanal und damit auch für die Vereinigten Staaten selbst. Deshalb erregte auch jede sichtbare Beziehung zwischen Mexiko und Japan gleich eine so große Erregung in den Vereinigten Staaten. Von Diaz wurde erzählt, daß er nicht nur Bündnisverhandlungen mit Japan betrieben, sondern auch ihnen die an der Westküste Mexikos liegende Magdalenenbucht als Kohlenstation und Flottenstützpunkt für die japanische Flotte angeboten habe. Sieht man sich die Karte daraufhin an, so bedarf es keines Beweises, daß eine solche Flotte auf die Magdalenenbucht gestützt, eine ähnliche Gefahr für den Kanal darstellen würde, wie etwa — nur in kleineren Entfernungsverhältnissen — eine englische Flotte, auf die Insel Helgoland gestützt, für den deutschen Nordostseefanal. Wie man sich in den Vereinigten Staaten gerade zu dieser Frage stellte, zeigt der folgende Vorgang jüngster Vergangenheit sehr drastisch. Um die Angelegenheit zu verstehen, müssen wir kurz auf die Vorgeschichte zurückgreifen*):

In den achtziger Jahren hatte die mexikanische Regierung einem Bürger der Vereinigten Staaten eine Landkonzession gegeben, welche die Küste der Magdalenenbucht einbegriff. Im Laufe der Jahrzehnte ging die Konzession, nachdem die Eigentümer in Zahlungsschwierigkeiten gekommen waren, in die Hände der Gläubiger über, man gründete eine Gesellschaft und versuchte das Gebiet zu verkaufen. Unter den Kauflustigen befand sich eine japanische Gesellschaft. Der Vertreter der amerikanischen Gesellschaft wandte sich im Jahre 1911 an den Staatssekretär des Auswärtigen mit der Anfrage, ob gegen den Verkauf an die japanische Gesellschaft etwas einzuwenden sei. Der Staatssekretär, Mr. Knox, antwortete in etwas gewundener Weise, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß er den Verkauf an die japanische Gesellschaft nicht für richtig halte und blieb auf diesem Standpunkte auch, nachdem ihm mitgeteilt worden war, daß die amerikanischen und japanischen Unternehmer sich auf Halbpakt der Anteile einigen wollten, auch die Mehrheit in der Direktion, außerdem der Leiter Vorsitzender der Gesellschaft Amerikaner sein sollten. Nachdem das Auswärtige Amt also seine erste Ablehnung auch unter diesen

*) Wir folgen hier der Darstellung des Falles durch Dr. H. Kraus in seinem ausgezeichneten Buche „Die Monroe doktrin“ (Verlag von J. Guttentag, Berlin).

erheblich veränderten Verhältnissen bestätigt hatte, kam in den ersten Monaten des Jahres 1912 die Sache im Senat zur Sprache und zwar durch den Senator Lodge. Dieser nahm seinen Ausgangspunkt von der Verhandlung der Schiedsgerichtsverträge und führte als Beispiel für die Unmöglichkeit ihrer Annahme gerade die Magdalenenbucht an: wenn eine große östliche Macht direkt oder indirekt von einem Hafen an der Westküste von Mexiko Besitz ergreifen würde, um ihn militärisch zu benutzen, so müßten die Vereinigten Staaten unmittelbar intervenieren, und zwar unter Berufung auf die Monroedoktrin. Die Vereinigten Staaten könnten sich in einem solchen Falle unter keinen Umständen auf Einleitung eines internationalen Schiedsverfahrens einlassen. Gerade zurzeit sei eine indirekte Bewegung im Gange, um für eine fremde Macht die Magdalenenbucht zu erlangen. Im weiteren Verfolge der Angelegenheit innerhalb des Senates erklärte der Staatssekretär, er habe keinerlei Anlaß gehabt, die Sache von Amts wegen anhängig zu machen, da die japanische wie die mexikanische Regierung amtlich irgendeine Verbindung mit den Bemühungen jener japanischen Gesellschaft in Abrede gestellt hätten. Der erwähnte Senator Lodge erklärte in seinem Berichte über die Sache für ganz belanglos, ob die Regierungen direkt daran beteiligt seien oder nicht. „Der dünne Schleier einer Korporation berührt die Angelegenheit nicht.“ Schließlich faßte der Senat eine Resolution des Inhaltes:

„Es wird beschlossen, daß, wenn ein Hafen oder ein anderer Platz in den amerikanischen Kontinenten so gelegen ist, daß seine Besetzung für maritime oder militärische Zwecke den Verkehr oder die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu bedrohen geeignet ist, — die Regierung der Vereinigten Staaten den Besitz eines solchen Hafens oder anderen Platzes nicht ohne schwere Besorgnis in den Händen einer Korporation sehen würde, die eine derartige Beziehung zu einer anderen nichtamerikanischen Regierung hat, daß dieser Besitz die tatsächliche Kontrollgewalt für maritime oder militärische Zwecke an diese Regierung gibt.“

Ob man diesen Senatsbeschluß nun als „Lodgedoktrin“ bezeichnet oder anders: er ist von großer Bedeutung, allgemein dadurch, daß er die Erwerbung ausländischer Handelsgesellschaften an gewissen Punkten amerikanischen Bodens mit der alten Forderung: Monroedoktrin hinsichtlich europäischer Kolonisierung und Fußfassung überhaupt einfach identifiziert. Es versteht sich weiter von selbst, daß die praktische Anwendung dieser Doktrin beinahe unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet. Die Vereinigten Staaten können, wo auch immer eine ausländische Gesellschaft auf amerikanischem Boden — also dem Boden eines der beiden amerikanischen Kontinente oder der sie umgebenden Inseln — ein Areal zu kaufen versucht, um dort in irgendeiner Form Geschäfte zu machen, erklären, daß dieser Punkt als Waffenplatz oder Hafen usw. Wichtigkeit besitze oder gewinnen könnte. Daraufhin würde dann die betreffende Handelsgesellschaft ihre Ansprüche zurückziehen müssen. Natürlich wird hier die Machtfrage, sei es

direkt, sei es indirekt, entscheidend sein und deshalb würden die Vereinigten Staaten wohl auch nur da eingreifen, wo sie entweder tatsächlich die Macht besitzen, oder aber annehmen, daß sie für die Mächtigeren gehalten werden. Mit Mexiko gelang es den Vereinigten Staaten, weil ihnen der Dollar gestattete, als sie es nötig hatten, eine erfolgreiche Revolution ins Werk zu setzen. Aus dem organisierten Staatenbunde Mexiko ist seit dem Sturze von Diaz anarchisches Drunter und Drüber geworden. Mexiko ist nicht mehr bündnisfähig, ja kaum in der Lage, auch nur Beziehungen zu einer anderen Macht anzuknüpfen, wenn diese nicht bereit ist, für die Aufrechterhaltungen solcher Beziehungen unmittelbar gegen die Vereinigten Staaten den Schild zu erheben.

Damit wäre also ein Hauptzweck der Washingtoner Politik erreicht: daß Mexiko als Staat den Vereinigten Staaten und insonderheit dem Panamakanale nicht gefährlich ist. Auf der anderen Seite aber ist dieses wildbewegte anarchische Meer nicht nur eine Gefahr, sondern ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand. Das gilt an sich, aber auch für die Vereinigten Staaten, denn je hoffnungsloser die staatlichen Zustände in Mexiko werden, desto mehr muß es als herrenloses Gebiet anderer Mächte, z. B. Japan reizen, dort Fuß zu fassen und im selben Maße würde es schwieriger werden, amerikanischerseits solche Versuche zum Kriegsfalle zu machen, — wenn man nicht selbst die Hand auf Mexiko legen wollte.

Es ist eine weitverbreitete, neuerdings vielleicht ein wenig in der Abnahme begriffene Ansicht, daß die Vereinigten Staaten im Grunde vor Begierde brennten, in Mexiko einzurücken und es ihrem Gebiete anzugliedern. Hätte man das gewollt, so würde es längst geschehen sein, denn durch das lange Warten haben die Vereinigten Staaten nichts gewonnen, sondern sind vielmehr, wie die Gegenwart zeigt, in eine diplomatisch und politisch wenig angenehme Lage gelangt. Die wirtschaftlichen Interessen aller Nationen sind in Mexiko schwer geschädigt worden und werden weiter geschädigt, weil das Land aufgehört hat, ein aufnahmefähiger Markt zu sein und weil Besitz und Leben der dort wohnenden Fremden seit mehreren Jahren unausgesetzt gefährdet sind. Die Vereinigten Staaten leiden selbst unter den Unruhen Mexikos und seiner wirtschaftlichen Ertraglosigkeit am allermeisten, gar nicht davon zu reden, daß hunderte von Amerikanern im Laufe der letzten beiden Jahre während der mexikanischen Unruhen ermordet worden sind, viel mehr noch ihren Besitz verloren haben. Für das Ansehen eines Landes wie der Vereinigten Staaten ist es außerdem nicht vorteilhaft, wenn es ein großes Nachbarland in der Anarchie beläßt, oder gar diese Anarchie fördert und unterhält, nachdem es sie selbst hervorgerufen hat. Dieses Moment tritt um so mehr hervor, als die Vereinigten Staaten sich ja nach den verschiedenen „Doctrinen“ jede außeramerikanische Einmischung auf den amerikanischen Kontinenten verbitten und oft genug ihre eigene Pflicht und Fähigkeit betont haben, selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen. In

Mexiko haben sie nicht um des mexikanischen Wohles willen, sondern auf Grund eigener rein politischer Interessen die Revolution geschaffen und sie — vielleicht gegen ihr wohlverstandenes Interesse — chronisch gemacht. Jetzt stehen sie vor der Frage, wie diesem Zustande ein Ende zu machen sei, und wissen kein Mittel.

Es ist merkwürdig, wie mächtig auch im politischen Leben der Zufall ist. In der letzten Zeit der Taft'schen Präsidentschaft, als die übrigen Mächte den General Huerta als Präsidenten von Mexiko bereits anerkannt hatten, zögerte Taft noch, nur um vor der Anerkennung eine kleine Grenzberichtigung von Mexiko zu erreichen. Die Verhandlungen zogen sich indes über das Ende der Taft'schen Amtswaltung hinaus. Mr. Wilson folgte und dieser warf dann ganz plötzlich und unerwartet die „grundsätzliche und sittliche“ Frage auf: Huerta sei nicht verfassungsmäßig zum Präsidenten gewählt worden, er sei — was tatsächlich nicht stimmt — der Mörder Maderos. Moralische und konstitutionelle Gründe, so erklärte Wilson, hinderten ihn, Huerta anzuerkennen. In seiner Botschaft stellte der Präsident als neue „Wilsondoktrin“ den Grundsatz auf, daß die Vereinigten Staaten über die Gefeslichkeit der Regierungen in anderen amerikanischen Staaten, überhaupt über deren Verfassungen usw. zu wachen berechtigt seien. Man weiß nicht, wie die Entwicklung sich noch gestalten kann, bis jetzt aber erscheint jener Entschluß Wilsons, Huerta nicht anzuerkennen, als ein Fehler, sowohl in bezug auf Mexiko wie auf die Vereinigten Staaten. Nicht nur alle anderen Mächte, nicht nur alle ihre Gesandten in Mexiko waren der Überzeugung, daß Huerta, und zwar er allein, in der Lage sei, Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen, sondern auch der amerikanische Gesandte war dieser Ansicht und hat sie vertreten. Es war vergeblich, Wilson blieb bei seiner Auffassung und machte in der Folge eine Reihe von Versuchen, Huerta zum Rücktritte zu bewegen und „verfassungsmäßige Wahlen“ in Mexiko stattfinden zu lassen, um dann mit Einwilligung Huertas einen anderen Präsidenten an seine Stelle zu setzen. Huerta blieb, parierte alle Schläge und Intrigen mit Ruhe und Geschicklichkeit. Aus den gleichen moralischen und verfassungsmäßigen Gründen unterstützte dann Wilson die sogenannte Verfassungspartei, die vom Norden Mexikos aus gegen das Regime Huertas sich auflehnte und mit Truppen und Banden Krieg gegen seine Truppen führte. Der Führer dieser aufständischen Bewegung ist Carranza, sein fähigster General Villa. Zurzeit, wo diese Zeilen geschrieben werden, scheint die Rebellenpartei erfolgreich vorzudringen, nachdem sie die wichtige Stadt Torreon, am Knotenpunkte verschiedener Bahnlinien, den Schlüssel und das Bindeglied zwischen Nord- und Süd-Mexiko bildend, erobert hat. Unerhörte Greuel aller Art gegen Eingeborene und Fremde sind von den Aufständischen begangen worden, die Präsident Wilson aus moralischen Gründen gegen Huerta unterstützt, den einzigen, der Ruhe schaffen will und es auch kann. Eines Eingehens auf Einzelheiten, die morgen schon ganz anders als heute aussehen können, enthalten wir uns mit Fug. Zur Stunde vermag niemand zu sagen, wie die Dinge

sich entwickeln werden, welche Partei die Oberhand gewinnen, welche Rolle die Vereinigten Staaten spielen werden.

Rehren wir zur Frage zurück, welches die Endabsichten der Vereinigten Staaten und insbesondere Wilsons in und mit Mexiko sein können. Was die Persönlichkeit Wilsons anlangt, so ist darauf eine Antwort schwer zu geben. Er ist trotz seiner unzweifelhaften geistigen Bedeutung kein Staatsmann und am allerwenigsten ein praktischer Ratgeber in auswärtigen Dingen. Was seinen Staatssekretär des Auswärtigen, Mr. Bryan, betrifft, so ist bei ihm von solchen Eigenschaften noch weniger die Rede, zumal die geistige Bedeutung Bryans an die Wilsons nicht heranreicht. Daß Wilsons moralische und konstitutionelle Bedenken gegen Huerta Heuchelei und Vorwand seien, ist vielfach geglaubt worden. Wir möchten uns dieser Auffassung nicht anschließen, sondern Wilsons Bedenken für subjektiv echt ansehen. Dadurch werden sie an sich nicht stichhaltiger, sind aber für die Beurteilung des Wilsonschen Standpunktes von Wert.

Vielleicht wird später einmal ein Zeitpunkt kommen, wo man über alle wirklichen An- und Absichten Wilsons und seiner Berater einwandfrei urteilen kann. Heute muß man sich mit Vermutungen begnügen, vor allem aber mit den Folgen und den voraussichtlichen Ergebnissen dieser Politik. So weltfremd Wilson und Bryan auf dem Gebiete der internationalen Politik sind, so werden sie doch nicht umhin können, wenigstens den Wunsch nach einem beruhigten Mexiko zu hegen, wohlverstanden einem solchen, das sich unter ihrer Vormundschaft befindet. Das alte Spiel der Vereinigten Staaten, in Mexiko Revolutionen zu organisieren, um ihnen unbequeme Machthaber zu drücken oder sie in die Luft zu sprengen, kann auf die Dauer ihre Politik nicht befriedigen. Das natürliche Ziel der Politik der Vereinigten Staaten, absolute Beherrschung des Gebietes zwischen ihren südlichen Landgrenzen und dem Panamakanal, kann hinsichtlich Mexikos, wie wir gesehen haben, auf zwei Wegen erreicht werden: Eroberung des Landes oder Einsetzung eines tatsächlich von Washington abhängigen Präsidenten. Was die letzte angeht, dürfte freilich immer wieder die Schwierigkeit auftauchen und sich wahrscheinlich als unüberwindlich zeigen, daß ein solcher Präsident über kurz oder lang heftigen Widerstand im eigenen Lande bei Männern finden wird, die mit der nationalen Devise eine Fronde gegen ihn organisieren. Er würde auch, wenn er sich von den erwähnten Fehlern Maderos freihielte, als Verräter der mexikanischen Unabhängigkeit einen Teil der Bevölkerung gegen sich haben. Man sieht also: ein mexikanischer Präsident erweckt sich, wenn er von den Vereinigten Staaten abhängt, automatisch im eigenen Lande die Revolution, die ihm von den Vereinigten Staaten im selben Augenblicke angezettelt wird, wo er von ihnen unabhängig ist oder zu werden versucht.

Der erstgenannte Weg, Eroberung des Landes Mexiko, würde, akademisch betrachtet, natürlich am gründlichsten und sichersten zum Ziele führen. Dabei wäre die Frage ohne besondere Bedeutung, ob man dem eroberten

Mexiko nachher, wie etwa der Insel Kuba, eine gewisse formale Selbständigkeit ließe oder nicht. Es mag sein, daß Wilson und ebenso Bryan die radikale Methode, gewaltsame Eroberung des Landes, aufrichtig und aus Prinzip nicht wollen, weil sie Kriegsführen für unmoralisch halten und Gebietserwerb ebenfalls. Wie diese beiden Männer und die sonst maßgebenden Politiker und Militäre über die militärische Möglichkeit einer solchen Eroberung denken, wissen wir nicht, das heißt, wie sie wirklich darüber denken. Öffentlich ist schon unzählige Male von ihnen geschrieben worden: die Machtmittel der Vereinigten Staaten seien so groß, daß die Eroberung Mexikos und die Vernichtung jedes bewaffneten Widerstandes, auch der Räuberbanden usw., leicht und eine Sache kurzer Zeit sein würde. Die ganz Vorsichtigen gehen soweit, zuzugeben: so einfach sei vielleicht das Unternehmen nicht, aber um seine Schwierigkeiten zu ermessen, müsse man erst einmal anfangen, aus etwaigen Mißerfolgen lernen und die Sache dann durchführen, einerlei, wie lange es dauern möge. Daß die Vereinigten Staaten auf diesem letztgenannten Wege schließlich zum Ziele gelangen würden, ist anzunehmen, denn Geld ist im Überfluß vorhanden und Massen, die sich für einen Mexikokrieg anwerben ließen, sicherlich auch genug. Aber — der Weg würde viel Zeit brauchen. Während dieser Zeit wären die Vereinigten Staaten nach allen anderen Seiten hin annähernd lahmgelegt und andere Mächte, in erster Linie wohl Japan, würden ohne Zweifel die Gelegenheit benutzen, eigene Wünsche auf Kosten der Vereinigten Staaten zu befriedigen. Das japanische Gespenst beunruhigt die amerikanischen Politiker schon jetzt in hohem Grade; es hat tatsächlich den Anschein, als ob man eine derartige Festlegung der Kräfte in Mexiko durch einen mexikanischen Eroberungsfeldzug als eine Gefahr ernsten Charakters betrachtet. Das ist freilich Sache persönlicher Ansicht, und es ließe sich wohl denken, daß in Washington plötzlich Männer an das Ruder kämen, die mit der ganzen amerikanischen Überschätzung der eigenen Machtmittel und Kräfte darauflos handeln würden. Irgendwelche Voraussetzungen sind also auch hier unmöglich. Auf der anderen Seite wird die Beurteilung der Lage ganz ungemein erschwert, ja beinahe unmöglich gemacht durch den Schleier, der über den mexikanischen Verhältnissen liegt. Nicht nur ist man nicht darüber unterrichtet, ob Huerta Truppen in genügender Menge wie in genügender Qualität zur Verfügung stehen, um wenigstens die Möglichkeit eines Gelingens zu verbürgen, sondern auch über seine finanzielle Lage und deren Aussichten, über seine persönliche Stellung und die seiner Regierung weiß man seit Monaten nichts zuverlässiges, außer daß sie sich trotz aller gegenteiligen Voraussetzungen amerikanischerseits immer noch gehalten haben. Unmöglich ist ferner, zu beurteilen, wie sich die Lage gestalten würde, wenn die Vereinigten Staaten sich trotz aller Grundsätze und Bedenken gezwungen sähen, Mexiko zu erobern, oder, wenn man will, „militärisch zu durchdringen“. Möglicherweise würde dann die jetzige Revolutionspartei sich gleich oder später ebenfalls gegen

die Vereinigten Staaten kehren. Abgesehen davon aber: wir sind überhaupt über die Stärke und Möglichkeit eines nationalen Volkswiderstandes, der gegen amerikanisches Eindringen vielleicht organisiert werden könnte, gar nicht unterrichtet, wir haben keinerlei Maßstab auch nur für eine Schätzung. Einige behaupten, die Amerikaner würden überall in Mexiko hartnäckigen Widerstand finden, auch die Räuberbanden würden sich als ihre Feinde erweisen, jedes Dorf würde sich bis zur Vernichtung verteidigen und seine Einwohnerschaft dann einen schweifenden Guerillakrieg gegen die Amerikaner führen. Die anderen, und zwar meistens Amerikaner behaupten: die Bevölkerung sei im ganzen erschöpft, verarmt und ausgezogen durch die Jahre der Revolution und Anarchie, die Vereinigten Staaten würden bei entschlossenem Vorgehen keinen Widerstand finden und dementsprechend auch andere Mächte sich hüten, sie zu stören oder überhaupt sie so zu behandeln, als ob sie sich in Verlegenheit befänden.

Wir haben, um Wiederholungen nach Möglichkeit zu vermeiden, einen für die mexikanische, ja für die ganze mittelamerikanische Frage höchst bedeutenden Faktor nur andeutungsweise berührt. Sie wird durch das Wort Petroleum kurz und sehr erschöpfend bezeichnet. Vielleicht geht man zu weit, die mexikanischen Wünsche und Nöte der Vereinigten Staaten nur als einen „Kampf um die Ölfanne“ zu bezeichnen. Die Bedeutung dieses Kampfes um die Ölfanne ist aber eine ungeheure. Es ist einwandfrei von Sachkundigen festgestellt worden, daß Mexiko als Ölerzeugungsland schon nach ganz kurzer Zeit an die erste Stelle unter allen ölerzeugenden Gebieten rücken wird, sobald die inneren Zustände eine entsprechende Ausnutzung ermöglichen. Ähnliche, vielleicht nicht ganz so weitgehende Möglichkeiten zeigen sich im eigentlichen Mittelamerika. Die Bedeutung des Öls und damit der Ölgebiete ist seit einer Reihe von Jahren in schnellem Wachsen begriffen, nachdem der Ölmotor auf Schiffen eine steigende Entwicklung genommen hat. Die erste See- und Handelsmacht der Welt, Großbritannien, hat seit Jahr und Tag offiziell und inoffiziell weitfichtige Anstrengungen zu machen begonnen, um sich Ölgebiete in möglichst vielen Teilen der Welt zu sichern. Über die großen Ölkonzessionen der britischen Firma Pearson in Mexiko ist schon gesprochen worden. In den kleinen mittelamerikanischen Republiken scheint Großbritannien sich ebenfalls erfolgreich zu bemühen. Man sieht, die Ölfrage ist nicht nur eine solche des wirtschaftlichen und kaufmännischen Wettbewerbs, eine des erreichten oder entgangenen Gewinnes — sie kann zu einer solchen politischer und militärischer Natur erster Ordnung werden. Das Öl der Ölquellen, auch wenn sie irgendwo mitten im Lande liegen, kann man hunderte von Kilometern weit durch Rohrleitungen bis an einen Hafenort führen und dort direkt verwenden oder verladen. Darin liegt, was z. B. Mexiko betrifft, eine Aussicht gefährlicher Konkurrenz für die Vereinigten Staaten. Auch sie erzeugen Öl. Nach Eröffnung des Panamakanals würden Mexiko und die ölproduzierenden mittelamerikanischen Republiken ihr Öl direkt an Häfen heranleiten können, die dem Panamakanale

viel näher liegen als die amerikanischen Olausfuhrhäfen, ja ohne Zweifel können von den mittelamerikanischen Republiken, vor allem aus Columbien Öleitungen direkt an den Kanal oder seine Umgebungen herangeführt werden. Das amerikanische Öl könnte dieser Konkurrenz ohne Zweifel nicht standhalten, um so weniger, als, wie gesagt, die Ölproduktion Mexikos und Mittelamerikas noch große Möglichkeiten von unberechenbarer Ausdehnung in sich schließt. Die zweite Seite, die politisch-militärische, ist ebenfalls klar. Wir halten es nicht für unbedingt sicher, wie manche glauben, daß in absehbarer Zeit die Kohle auf Kriegs- und Handelsschiffen überhaupt durch das Öl ersetzt werden wird, unbezweifelbar ist aber, daß die Bedeutung des Öls für die Schifffahrt mit seiner Reichlichkeit auf der Erde wachsen wird. Seemächte, deren Notwendigkeiten auf und über den Ozeanen liegen, werden deshalb, wie das Beispiel Englands schon zeigt, mehr und mehr versuchen, sich Ölquellen zu sichern, zumal weil die Schiffsölheizung gerade für große Wasserflächen eine besondere Bedeutung hat: ein Kriegsschiff kann auch in Kriegszeiten leichter, schneller und deshalb gefahrloser Öl nehmen als Kohlen, um seinen Feuerungsvorrat aufzufüllen. Dieses Moment ist strategisch von höchster Wichtigkeit. Danach liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten den Wunsch haben müssen, das mexikanische Ölgebiet, wenn nicht wirtschaftlich sich zu sichern, so doch es politisch und militärisch für den Kriegsfall immun zu machen. Das ist aber wiederum nur möglich durch politische Beherrschung Mexikos in irgendeiner Form. Aus diesen Ausführungen geht des weiteren hervor, daß die Öl- und die Verkehrsfragen die Interessen der Vereinigten Staaten politisch, militärisch und wirtschaftlich über Mexiko hinaus nach Süden ausdehnen, ja, auch auf den südamerikanischen Kontinent hinüber. Wie man diese Interessen jetzt schon im Auge hat, zeigte das Verhalten der Washingtoner Regierung in der Frage der Galapagosinseln. Durch den Panamakanal und das Öl ist die ganze riesige mittelamerikanische Bucht ein Gebiet intensifsten künftigen internationalen Wettbewerbes geworden. Was wir vorher vom Panamakanal allein sagten, muß man in diesem Zusammenhange auf die mittelamerikanische Bucht mit den sie umgebenden Ländern einwenden: sie muß eine Stelle der Schwäche und damit eine Angriffsstelle, von anderen Mächten aus gesehen, für die Vereinigten Staaten werden, wenn diese es nicht fertig bringen, rechtzeitig ihre eigene Macht dorthin zu setzen und aus der schwachen Stelle eine starke zu machen; wirtschaftlich, politisch und militärisch. Ob ihnen das gelingt, läßt sich auch nicht entfernt voraussagen. Daß zu einem Gelingen der Besitz von Mexiko in irgendeiner Form notwendig ist, kann nicht bezweifelt werden. Ob es den Vereinigten Staaten anderseits gelingt, dieses Ziel zu erreichen, ist die Frage der Gegenwart und nächsten Zukunft, ist die Frage, um deren Beantwortung eben jetzt blutig gerungen wird.

